

Die vierte Gewalt – Populistische Medienkritik oder valide
Kritik an der Sache?

Eine Buchanalyse von Till Jonas Meyer-Jark

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
Sinkendes Medienvertrauen	5
Vollzugsorgane der eigenen Meinungsmache.....	5
Mediokratie	6
Die Öffentlichkeit	6
Repräsentationslücke (Systemvertrauen).....	9
Migrationskrise	10
Das mediale Nachbeben der Migrationskrise	11
Corona-Pandemie.....	11
Der Ukraine-Krieg.....	12
Das Vorgehen der beteiligten Armeen.....	13
Der Wunsch nach mehr Waffen.....	13
Eurozentrismus.....	14
Übernahme des Regierungs-Narrativs?.....	15
Wann Einseitigkeit zum Problem wird.....	16
The Unmarked Space	16
Elitendiskurse	17
Treiber und Getriebene?.....	17
Wie viel Unmarked Space können wir vertragen?.....	18
Gala-Publizistik	19
Wie viel Gala produzieren die Leitmedien wirklich?.....	20
Cursor.....	21
Instabiles Fundament.....	21
Die Breitenwirkung des Cursors.....	22
Journalistische Wahrheit.....	23
Journalismus braucht Prinzipien	23
Ökonomischer Druck	24
Warum dieses Selbstverständnis nicht funktionieren kann.....	25

Qualitätsverlust der Leitmedien.....	25
Entfernen sich die Leitmedien von ihren Qualitätsstandards?.....	26
Mangelnde Hintergrundberichterstattung.....	26
Der Lösungsvorschlag der Autoren	27
Fazit.....	28
Abschließende Worte.....	30

Vorwort

Vor einigen Monaten stieß ich auf den YouTube-Ausschnitt einer Folge Markus Lanz mit dem Titel: „Diskussion über die Rolle des Journalismus in der heutigen Zeit“. Auf dem Thumbnail gestikuliert Richard David Precht eindrücklich in Richtung Melanie Amann. Ich drücke auf Abspielen und merke schnell: Hier wird etwas artikuliert, dass meine Gefühlslage im Hinblick auf den aktuellen Journalismus sehr gut widerspiegelt.

Vor einigen Monaten stieß ich ganz zufällig auf ein YouTube-Video, das sofort meine Aufmerksamkeit erhaschte. Überschriften mit „*Diskussion über die Rolle des Journalismus in der heutigen Zeit*“ gestikuliert Philosoph Richard David Precht auf dem Thumbnail energisch in Richtung der süffisant dreinschauenden Spiegel-Redakteurin Melanie Amann. Und obwohl es eine Markus Lanz Sendung ist, schaue ich rein und merke schnell: hier wird etwas artikuliert, was meine Gefühle im Hinblick auf die aktuelle Medienlandschaft sehr gut zusammenfasst.

Was Gefühle widerspiegelt, muss aber nicht automatisch richtig sein. Ganz im Gegenteil sogar, genau in solchen Fällen, wo sich Gefühle und Meinung vermischen, muss man umso kritischer reflektieren. Aber woher rühren meine negativen Gefühle gegenüber den Medien?

Als Russland in die Ukraine einmarschierte, war ich in den letzten Wochen meiner Schulzeit. Lehrer & Schüler konzentrierten sich eigentlich auf die Abiturvorbereitung, aber unweigerlich wurde die außenpolitische Situation in den meisten Fächern zumindest kurz angeschnitten. Ich erinnere mich besonders an Diskussionen mit meinem Philosophie- oder meinem Politiklehrer.

Vor diesem Krieg war ich regelmäßiger Leser von *Spiegel-Online*. Ab und zu las ich auch die *Zeit* oder die *Süddeutsche Zeitung*. Innerhalb der ersten Wochen nach Kriegsbeginn merkte ich aber schnell, dass ich nicht den ganzen Tag ausschließlich über ein- und dasselbe Thema lesen wollte. Das muss gar nicht bedeuten, dass ich damals hätte quantifizieren können, warum sich dieser Eindruck von Homogenität und Einseitigkeit aufdrängte. Es war aber das Gefühl aus dem heraus ich diese Gewohnheiten einstellte.

Noch anderthalb Jahre zuvor hatten mich dieselben Leitmedien noch zu einem mündigen Bürger geformt. Damals hatte ich ein bis dato unbekanntes gesellschaftliches Interesse entfacht und die

Angebote der Leitmedien erlaubten es mir, mich an neuen Perspektiven abzuarbeiten und über die Strukturen, Herausforderungen, Ideen und Werte unserer Gesellschaft zu lernen. Es waren genau diese Übung und dieses Wissen, von denen ich in der Schule und bis heute so immens profitierte.

Im Ukraine-Krieg erlebte ich hingegen eine mediale Einseitigkeit, die mich erschreckte. Ich weiß nicht, was genau in diesem Fall den Hebel umlegte und meine Wahrnehmung der Leitmedien so stark veränderte. Für meine Begriffe entwickelte sich die Medienlandschaft zu einem schwarz-weißen Haifischbecken, in dem Meinungsabweichler nicht vertreten oder schnell verzehrt wurden.

Mit der Art und Weise wie über den Ukraine-Krieg berichtet wurde, konnte ich allerdings wenig anfangen. Retrospektive denke ich, dass mich die Leitmedien mit ihren Erzählungen von gut und böse verloren haben: der heilige Westen gegen den barbarischen Osten. Das kam bei mir an. Wer sich alternativ positionierte, riskierte seine gesamte Reputation.

Wie es war im Diskursabseits zu stehen, erlebte ich in erster Hand in den Diskussionen mit meinen Lehrern. Mir bleibt vor allem die Diskussion mit meinem Politiklehrer in Erinnerung, der offensichtlich eine deutliche Meinung zu diesem Thema vertrat. Im Generellen zählte er zu den Politiklehrkräften, die es sehr gut verstanden politische Neutralität zu wahren und gleichzeitig zum didaktischen Zweck eine hypothetische Gegenposition einzunehmen. Aber in diesem Fall hatte ich ein anderes Gefühl.

Diese Geschichte liest sich analog zu der Beschreibung der medialen Verhältnisse in diesem Buch. Mein Politiklehrer leitet als Autorität die Diskussion, er spiegelt in diesem Sinne die Leitmedien wieder. Ich vertrete eine zum Mainstream gegenläufige Hypothese, dass der Westen eine Mitverantwortung am Kriegsausbruch trägt und dass es für mich nicht offensichtlich ist, inwiefern sich die USA mit einer Vielzahl an Völkerrechtsbrüchen in ihrer Außenpolitik erheblich von der Russlands unterscheidet.

Es geht in diesem Fall nicht unbedingt um meine spezifische Meinung. Es geht vielmehr darum, dass ich zum ersten Mal erlebte, wie mein Politiklehrer energisch und weniger neutral als gewohnt dagegen argumentierte. Was aber vor allem hängen blieb, war der empörte Unterton, der zu jeder Zeit mitschwang und den ich von meinem Lehrer so nicht gewohnt war. Ich merkte zum ersten Mal sehr deutlich, wie eine politische Meinung und das damit einhergehende moralische Gütesiegel plötzlich über dem Ideal des Diskurs steht.

Ein Großteil meiner Mitschüler hegte nämlich genau dieselben Zweifel wie ich. Selbst in unseren modernen Schulen unterrichtete Schüler akzeptieren Thesen mit so weitreichenden Implikationen nicht ohne notwendige Diskussion. Für wenige meiner Mitmenschen waren die Rollen von Gut und Böse so einfach zuteilbar, wie es in den Leitmedien zu diesem Zeitpunkt schon geschehen war.

Vor diesem Hintergrund traf *"Die vierte Gewalt: Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist"* einen Nerv. Und es dauerte nicht lange bis ich die Chance ergriff, um das Buch selbst zu lesen. Nach dem ersten Lesen ließ ich das Buch erstmal in Ruhe vor sich hin existieren. Auch das mediale Echo verfolgte ich nicht. Das war mir zu viel Talkshow, zu viel Erregung, zu wenig Tiefe. Wieder

aufgekommen ist das Thema als ich mich mit einem Kollegen anlässlich einer Rezeption intensiv über das Thema unterhielt. Dabei fiel mir auf, wie viele irrsinnige Interpretationen und Rezeptionen des Buchs in der Öffentlichkeit ihr Unwesen trieben.

Dass „*Die vierte Gewalt*“ so außergewöhnlich unbefriedigend rezensiert wurde, hat mit der Zusammenkunft zweier Umstände zu tun: ein geringes Interesse auf Seiten der Medien das Buch inhaltlich wirklich in seiner Tiefe zu verstehen und auf der anderen Seite eine komplexe Argumentationsführung, die beim ersten Lesen nur schwer zu durchschauen ist.

In diesem Rahmen entstand diese Analyse, die im Rahmen meiner Möglichkeiten das Buch in seiner Komplexität und Differenziertheit zusammenfassen und bewerten möchte. Es war keine einfache Aufgabe, weil das Buch – so viel darf ich vorwegnehmen - in seiner Argumentationslinie teilweise ambivalent und nicht selten sprunghaft agiert.

Sinkendes Medienvertrauen

"Was Massenmedien berichten, weicht oft von den Ansichten und Eindrücken großer Teile der Bevölkerung ab" eröffnen Philosoph Richard David Precht und Soziologe Harald Welzer ihren Bestseller „*Die Vierte Gewalt*“. Das Ergebnis besagter Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung? Ein sinkendes Medienvertrauen. *"Deutschland, eines der freiesten Länder der Welt, hat ein Problem mit der gefühlten Meinungsfreiheit"*, heißt es verheißungsvoll in der Einleitung.

Dabei ist nicht glasklar, dass das Medienvertrauen in Deutschland tatsächlich "nur noch so schwach ausgeprägt ist". In seiner Rezeption bei SPIEGEL-Online gibt Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (auf dessen Konzepte sich im Buch mitunter berufen werden) zur Gegenrede: "Das Medienvertrauen der Deutschen bleibt, so belegen seriöse Studien, in der Summe seit Jahren relativ konstant, steigt sogar in einzelnen Segmenten leicht an." (Pörksen, 2022)

Dabei ist nicht glasklar, dass das Medienvertrauen in Deutschland tatsächlich *"nur noch so schwach ausgeprägt ist"*, merkt Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (auf dessen Konzepte sich im Buch mitunter berufen werden) in seiner Rezeption auf *Spiegel-Online* an und gibt zur Gegenrede: *"Das Medienvertrauen der Deutschen bleibt, so belegen seriöse Studien, in der Summe seit Jahren relativ konstant, steigt sogar in einzelnen Segmenten leicht an."*

Vollzugsorgane der eigenen Meinungsmache

Im Untertitel des Buches „*Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird auch wenn sie keine ist*“ fassen die Autoren zusammen, was sie mit ihrem Buch erklären möchten. Sie wollen zuvor beschriebene Diskrepanz zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung erklären. Es „drängt sich vielen

Beobachtern der völlig falsche Eindruck auf, die Massenmedien in Deutschland seien von der Regierung oder dem Staat manipuliert“.

Dabei habe es mit einer "gelenkten Manipulation überhaupt nichts zu tun“. Die Verfasser drehen die Kausalkette um: In Deutschland „geht [die Meinungsmache] [...] - und das ist erstaunlich - von den Leitmedien selbst" aus. Die Leitmedien seien "Vollzugsorgane ihrer eigenen Meinungsmache".

Mediokratie

Diese Transformation der Medienlandschaft betrifft aber nicht nur die Medien und das Vertrauen in sie: „[...] das Problem ist noch größer. Politik- und Medienwissenschaftlicher diagnostizieren schon lange die unheilvolle Tendenz, dass die Demokratie [...] sich in eine 'Mediokratie' transformiert“.

„Der wachsende Einfluss der Medien verändert also nicht nur ihre Macht, sondern er verändert zugleich auch die Politik“, fassen die Autoren zusammen. Unabhängig vom Medienvertrauen ist die Medienkritik also auch auf anderer Ebene relevant: "Das Mediensystem [...] lässt [das politische System] zunehmend nach den gleichen Spielregeln des Aufmerksamkeitskampfes funktionieren."

Der öffentliche Raum als "Ort unausgesetzter Sensationierung und Skandalisierung lässt wenig Platz für Glaubwürdigkeit, Sachverstand, Bürgernähe und Tatkraft - eben jene Eigenschaften, die Bürger an Politikern gemeinhin am meisten schätzten." Ständig diesem Risiko ausgesetzt, dürften Politiker "kaum die notwendige Gelassenheit haben, um eine weitsichtige und vernunftgeleitete Politik zu verfolgen".

Als Belege berufen sich die Autoren Thomas Meyers "Die Kolonisierung der Politik durch die Medien" sowie Bernhard Pörksens und Wolfgang Krischkes "Die gehetzte Republik. Die neue Macht der Medien und Märkte" an. Dort zeige sich, dass der Einfluss der Medien auf die Politik in den letzten drei Jahrzehnten "kontinuierlich" angestiegen sei.

Die Öffentlichkeit

In dieser gewandelten Öffentlichkeit diagnostizieren die Autoren einen defizitären demokratischen Diskurs, der sich zu sehr auf die politische Elite und zu wenig auf die breite Bevölkerung konzentriere. Die Leitmedien würden bereits bestehende Repräsentationslücken nicht schließen; sie stattdessen sogar vergrößern. Das Ergebnis sei eine strukturell geschwächte Öffentlichkeit.

Eine gesunde Demokratie lebe aber von der zivilgesellschaftlichen Beratschlagung: eine sogenannte „deliberative Öffentlichkeit“. Dabei sollten die Leitmedien sich als Diener eben jener deliberativen Öffentlichkeit verstehen und sich nicht nach ihren eigenen Regeln verselbstständigen.

Heutzutage agieren die Medien laut den Autoren hingegen nach dem Vorbild Martin Löfflers als "Quasi-Staatsgewalt". Für Löffler sollen die Medien als "vierter Träger der öffentlichen Gewalt gegenüber dem gefährlichen Machtstreben des ständelosen Parteienstaats das gesunde Gleichgewicht" halten. Er

verstehen die Medien nicht als Teil der Öffentlichkeit, sondern als separate Instanz mit eigenem Auftrag. (Löffler, 1980)

Das Problem an diesem Konzept sei, dass die Medien als vierte Gewalt keinerlei Kontrolle unterliegen. Sie seien niemandem Rechenschaft schuldig: „Angetreten, um die angeblich marode gegenseitige Kontrolle der öffentlichen Gewalten im Parteienstaat als eigenständige Kontroll-Gewalt zu heilen, entziehen sich Medien und Journalismus selbst jeglicher Kontrolle, lassen [...] ihre eigene Macht nicht bändigen“. (Wagner, 2007)

Die Medien stünden vor dem Balanceakt beim Kontrollieren der Politik nicht ihre Befugnisse zu überschreiten: „Zwischen Kontrollieren und Manipulieren besteht keine klar definierte Grenze“. Nach dem Vorbild des Wiener Philosophen René Marcic und Independent-Journalisten David Randall entwerfen die Autoren ein Aufgabenprofil der idealen Medien:

- “Danach sollen Presse und Rundfunk Informationen verbreiten, die an die Stelle von Gerüchten und Spekulationen treten.”
- “Sie sollen sich der Kontrolle der Regierung entziehen und ihrem Einfluss widerstehen. “
- “Sie sollen die Wähler informieren, um sie mündig zu machen”
- “Sie sollen die Autorität jener untergraben, deren Meinung auf einem Mangel an Informiertheit beruht”
- “Sie sollen das Tun und Lassen der Regierung und der gewählten Volksvertreter überprüfen”
- “Das Gleiche gilt für die Wirtschaftswelt, den Umgang mit Arbeitnehmern und Kunden und für die Qualitätskontrolle von Produkten.”
- “Presse und Rundfunk sollen die Geplagten umsorgen und die Umsorgten plagen, damit jene eine Stimme bekommen, die sonst in der Öffentlichkeit keine haben”
- “Sie sollen der Gesellschaft den Spiegel vorhalten, ihre Tugenden und Laster widerspiegeln und ihre liebgewonnenen Mythen entlarven”
- “Sie sollen sichergehen, dass der Gerechtigkeit Genüge getan wird, sehen, wo das nicht der Fall ist, und es investigativ ans Licht bringen”
- “Eine wichtige Aufgabe der Leitmedien ist zudem, den freien Austausch der Ideen zu ermöglichen und jenen eine Plattform zu bieten, deren Philosophie sich von der vorherrschenden unterscheidet”.

Allerdings ist es unter Medienwissenschaftlern nicht unumstritten, ob gewisse Umstände ein geringeres Maß an Meinungsvielfalt rechtfertigen: ein Außerkraftsetzen der Regeln, um der Situation gerecht zu werden. So fragt Bernhard Pörksen in seiner Rezeption: „*Gibt es in einer Zeit physikalischer, politischer und moralischer Eindeutigkeiten manchmal auch zu viel Pluralismus, zu viel Stimmengewirr?*“.

Damit attestiert Pörksen ein grundsätzlich anderes Verständnis der Sache als die Autoren. Für diese ist insbesondere „*vor dem Hintergrund all der Großkrisen vom Krieg bis zum drohenden Klimakollaps*“, von denen Pörksen schreibt, eine besondere Vorsicht geboten. Denn besonders in diesen Situationen sei eine besondere Meinungsvielfalt notwendig, weil alle Beteiligten auf Grundlage unzureichender Fakten arbeiten.

Wobei wir den Klimawandel an dieser Stelle ausklammern müssen. Dieser wird im Buch nicht explizit thematisiert und als linksliberale Autoren, die in der Vergangenheit deutlich für mehr Klimaschutz eingetreten sind, würden sie wahrscheinlich zustimmen, dass es bei Eindeutigkeit der Faktenlage tatsächlich „zu viel Pluralismus“ geben kann. Das ist natürlich Spekulation, tut aber auch nichts zur Sache.

Es zeigt deutlich, dass die Frage nach „wie viel Pluralismus ist angemessen?“ eine politische Frage ist, dessen Beantwortung von der Faktenlage abzuhängen scheint. Ist die Faktenlage offensichtlich, wie beim Klimawandel, können für Pluralismus geringer schätzen, ist sie wie beim Ukraine-Krieg weniger offensichtlich, wird Pluralismus zur obersten Maxime. Aber wer entscheidet, wo die Faktenlage eindeutig ist? Sind es Leute wie Richard David Precht, Harald Welzer, Bernhard Pörksen oder Nguyen-Kim, wenn sie in ihrem Bestseller „*Die kleinste gemeinsame Wirklichkeit*“ bemängelt, dass wir über Streitfragen diskutieren, über die in der Wissenschaft längst ein Konsens herrsche?

Die erste Idee wäre, sich am Volk zu messen. Wenn eine Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung besteht, dann ist die Faktenlage egal. Es ist die zentrale journalistische Aufgabe, der Öffentlichkeit zu dienen und dessen Pluralismus wiederzugeben. Wenn die Faktenlage angeblich so eindeutig ist, dann sollte es für den Journalismus auch keine Schwierigkeit sein, einen Konsens zu etablieren.

In einer idealistischen Welt vollkommen unvoreingenommener Medien, müssten die Medien die Bürger nur informieren, das ganze Meinungsspektrum realitätsgetreu abbilden und jeder Bürger könnte sich von Natur aus auf Grundlage des Diskurs seine Meinung bilden. Auf natürliche Art und Weise würde sich eine überlegene Meinung herauskristallisieren, auf der sich aufbauen ließe.

In der Realität ist es aber nicht unwahrscheinlich, dass in der Bevölkerung ein Konsens über eine Frage besteht, über die kein Konsens bestehen sollte oder deren öffentlicher Konsens in seiner Richtigkeit anzuzweifeln ist. Hier laufen die Medien Gefahr sich einem Diktat der Bevölkerung zu unterziehen. In diesem Fall bleibt es trotzdem die Aufgabe des Journalisten der Wahrheit verpflichtet zu bleiben, sich dem Diktat der öffentlichen Meinung zu entziehen und diese Fehler aufzudecken.

Zusammengefasst bedeutet mein Vorschlag: Solange zu einem Thema eine signifikante Diskrepanz zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung besteht, gibt es kein Zuviel an Pluralität; unabhängig von den Umständen.

Für die Autoren werden die Leitmedien diesen Ansprüchen aktuell keineswegs gerecht. Stattdessen werfen die Autoren den Leitmedien folgende Liste an Fehlern vor:

- „eigenständiges Machtstreben entwickeln zum Beispiel,
- die eigene Bedeutung in den Vordergrund rücken,
- Informationen unterdrücken,
- einseitig berichten,
- Meinungen zensieren,
- sich mit den Mächtigen gemein machen,
- sich ineinander spiegeln,
- Aufmerksamkeit vor Umsichtigkeit setzen,
- Probleme über Gebühr personalisieren,
- Personen diffamieren etc.“

Repräsentationslücke (Systemvertrauen)

In unserer deutschen Demokratie gäbe es eine natürliche Repräsentationslücke. Allein dadurch, dass in den Parlamenten hauptsächlich Akademiker und darunter hauptsächlich Juristen sitzen, hätten gewisse Meinungen höhere Chancen gehört zu werden als andere. Diese Repräsentationslücke zu füllen, sei Aufgabe der Leitmedien. Einer ihrer zentralen Aufträge sei diejenigen sichtbar und hörbar zu machen, die sonst unsichtbar seien und ungehört blieben.

Statt die „Umsorgten zu plagen“ und die „Geplagten zu umsorgen“ entwickeln die Leitmedien aber ihre „ganz eigenen Echokammern“. Geäußert habe sich diese *Einseitigkeit* insbesondere in den letzten drei großen Krisen: Migrationskrise, Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg. Sowohl auf der Akteurs- als auch der Meinungsebene habe es eine ausgeprägte Repräsentationslücke gegeben.

Die Autoren bemängeln, dass als Konsequenz niemand die "Position des Dritten" einnehme, um zwischen den Fronten zu vermitteln. *Integrations-* und *Inklusionsfunktion* werden nicht erfüllt - Informationen wurden unterdrückt. Diejenigen aber, die versuchten, diese vermittelnde Position einzunehmen, seien mit einem „aggressiven“ medialem Konterecho konfrontiert worden.

Werfen wir also einen näheren Blick auf die besagten Krisen. Dafür habe ich etwas Hintergrundrecherche betrieben, sodass wir in manche Studien noch tiefer einsteigen als Precht & Welzer es im Buch tun.

Vorab lässt sich sagen, dass sich über die drei besagten Krisen hinweg die deutliche Tendenz abzeichnet, dass es den Leitmedien nicht gelingt die Breite der Akteure innerhalb der Bevölkerung zu repräsentieren. Die im Buch zitierten Studien belegen, dass stattdessen hauptsächlich politische Akteure im Mittelpunkt standen. Während der Corona-Pandemie kamen zumindest Wissenschaftler mit einem erheblichen Anteil zu Wort.

Migrationskrise

Eine Studie von Michael Haller zeigt, dass während der Migrationskrise medial vor allem diejenigen außen vor blieben, „die sich um die Betroffenen kümmerten oder kümmern sollten: Vertreter kirchlicher Organisationen, Akteure der sozialen Einrichtungen wie auch Experten und Fachleute“. In den Meinungsartikeln kam die politische Elite im Winter 2015 / 16 auf eine Präsenz von 80 Prozent. (Haller, 2017)

Die Medien berichteten demnach aus einer „*Helikopterperspektive*“: „Sie interessierten sich weniger für das konkrete Geschehen als dafür, wie die politischen Eliten damit umzugehen versuchten“. Auch in der klassischen Berichterstattung waren zwei der drei genannten relevanten Akteure Mitglieder der institutionellen Politik. Bestimmte Bevölkerungsgruppen seien hingegen nur in „spektakulären Fällen“ zum Gegenstand der Berichterstattung geworden.

Die Studie kommt zu weiteren Ergebnissen: So wird der „journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht zu berichten [...] in rund der Hälfte der Berichterstattungen nicht durchgehalten“. In der genauen Kodierung der Ereignisse nach Neutralität der Berichterstattung zeigt sich, dass vor allem über jene Ereignisse, die besonders auf eine qualitative Aufarbeitung angewiesen wären, überwiegend nicht neutral berichtet wird: „*Obergrenzen und Transitzonen*“, „*Silvesterereignisse*“ oder über den Anschlag in „*Tröglitz*“.

Im Fazit schreibt Haller zur Analyse meinungsbetonter Beiträge (Leitartikel, Kommentare u.Ä.): „Die Argumente erörtern meist die von Politikern aufgeworfenen Vorschläge in operativer Hinsicht. Bis zum Spätherbst 2015 greift kaum ein Kommentar die Sorgen, Ängste und auch Widerstände eines wachsenden Teils der Bevölkerung auf“.

Bei Hallers Studie gilt zu beachten, dass nicht ausschließlich Leitmedien untersucht wurden. Mitunter wurde zum Beispiel auch die Bild-Zeitung in den Untersuchungssatz miteinbezogen. Im Verhältnis zu dem Übergewicht an Leitmedien sollte diese Tatsachen in der Gesamtbetrachtung aber nicht wirklich ins Gewicht fallen.

Das mediale Nachbeben der Migrationskrise

In einer Untersuchung der flüchtlingsbezogenen Berichterstattung im Anschluss an die Migrationskrise (2016 - 2020) gelangen Marcus Maurer und sein Team zur Schlussfolgerung, dass die betroffenen Flüchtlinge immer seltener zu Wort kamen und stattdessen erneut die politischen Akteure das Geschehen dominierten. Im Generellen überwogen die Gefahren der Zuwanderung: „ihre Chancen wurden noch seltener herausgestellt als während der Flüchtlingskrise“.

Dieses Repräsentationsungleichgewicht erklären die Studienautoren, wie sich beim Nachlesen erfahren lässt, „zumindest teilweise“ durch mediencharakteristische Selektionskriterien in der Berichterstattung. Das Leben einfacher Bürger, in diesem spezifischen Fall von Geflüchteten, biete aus journalistischer Sicht keinen Nachrichtenwert; außergewöhnliche Notsituationen oder kriminelle Aktivitäten hingegen schon. Nichtsdestotrotz seien die „hier gefundenen Muster der Darstellung von Geflüchteten keineswegs unproblematisch“.

Denn diese Berichterstattungsmuster hätten zu zwei widersprüchlichen Narrativen geführt. Auf der einen Seite wurden Geflüchtete (für gewöhnlich diejenigen, die sich noch aktiv auf der Flucht befanden) als hilfsbedürftige Menschen in Not charakterisiert. Auf der anderen Seite seien Flüchtlinge als „Sicherheitsrisiko“ dargestellt worden (vor allem diejenigen, die schon in Deutschland lebten). Sie kritisieren: „Eine Berichterstattung, die immer wieder von einem Narrativ [...] in das andere Narrativ [...] wechselt, hat vermutlich negative Konsequenzen für die öffentliche Meinungsbildung“. (Marcus, Jost, Kruschinski, & Haßler, 2021)

Außerdem – und das ist meine ganz persönliche Einschätzung – spiegeln diese Berichterstattungsmuster das im Buch beschriebene Belohnungssystem der Leitmedien wider, das sich an Klicks, Aufrufen und Aufmerksamkeit orientiert und in einer Abwärtsspirale zur Degenerierung der Qualitätsmedien führt. Denn per Definition dürfen sich die Leitmedien nicht ausschließlich an dem orientieren, was der Leser als spannend erachtet. Es mögen „mediencharakteristische Selektionskriterien“ seien, dass es alle so tun bedeutet aber nicht, dass es richtig ist. Der Pluralität aber vor allem der Wahrheit wegen müssen die Medien auch weniger aufregende Aspekte abbilden.

Gleichzeitig muss ich eingestehen, dass es in der Praxis schwer vorstellbar bleibt, wie in der knappen Sendezeit der Tagesschau über das einfache Leben einer geflüchteten Person berichtet wird. Dementsprechend verorte ich diese Verantwortung nicht in den klassischen Nachrichtensendungen wie Tagesschau, ZDF heute oder RTL aktuell, sondern bei den überregionalen Tageszeitungen.

Corona-Pandemie

Eine Studie zur Berichterstattung über die Corona-Pandemie zeigt, dass erneut vor allem politische Akteure (47 Prozent der genannten Akteure) im Mittelpunkt standen. Direkt darauf folgen mit 19 Prozent wissenschaftliche Sachverständige. Menschen die selbst oder deren Angehörige an Covid19

erkrankt oder gestorben sind, kamen mit 1,2 Prozent kaum vor. Auch Corona-Skeptiker kamen mit 1,6 Prozent selten vor.

Außerdem kamen Oppositionsakteure gerade einmal auf 3 Prozent aller Akteursnennungen, während die Regierungsakteure alleine auf 20 Prozent aller Akteursnennungen kamen. Dass „das Handeln der Regierung für die Bewältigung der Pandemie maßgeblich war“ erkläre zu einem Teil, warum sie im „Zentrum der Berichterstattung“ stand, heißt es im Fazit.

Dennoch sei es „durchaus bemerkenswert“, dass auf die vier Oppositionsparteien und ihre Bundespolitiker jeweils nur etwa ein Prozent (FDP) bzw. sogar nur etwa ein halbes Prozent (Grüne, Linke, AfD) der Akteursnennungen entfiel“.

Die Union und ihre Bundespolitiker hätten allein mehr als 12 Prozent der Gesamtakteure ausgemacht. Bezieht man die Länderebene mit ein, nehmen Unionspolitiker einen noch größeren Anteil ein. Das ist der Medienpräsenz der damaligen Ministerpräsidenten Markus Söders und Armin Laschets geschuldet, die deutlich häufiger als ihre Amtskollegen erwähnt wurden.

Der Ukraine-Krieg

Was die Autoren den Medien in Sachen Ukraine-Krieg vorwerfen, tragen sie im Gegensatz zu den beiden anderen Krisen ohne Studien vor. Im Buch kündigen sie aber eine Studie an, die zum Zeitpunkt, an dem ich diesen Essay schreibe, bereits veröffentlicht wurde, die ihre Thesen zum Ukraine-Krieg unterstützen wird. Darauf schauen wir gleich, blicken wir erst einmal auf die Vorwürfe der Autoren: Zwischen Ende Februar 2022 und Mitte Juli 2022 seien journalistische Beiträge, „die kritisch mit dem unbedingten Wunsch der ukrainischen Regierung nach immer mehr Waffen, der Darstellung des Vorgehens der beteiligten Armeen oder Frage der internationalen Bewertung des Agierens des Westens umgingen“ die Seltenheit gewesen.

Darüber hinaus sei die Berichterstattung „eurozentrisch“ gewesen. In den amerikanischen Zeitungen wie „*Financial Times*“ oder „*New York Times*“ wären auch Länder mit abweichenden Meinung zum Ukraine-Krieg zu Wort gekommen. Paradebeispiel für diese Ignoranz gegenüber anders-denkenden internationalen Akteuren sei die „objektiv falsche Perspektive“ gewesen, dass Putin international isoliert sei. Die Perspektiven der russlandfreundlichen Staaten in Afrika und Asien, die immerhin die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, seien in den deutschen Medien unverhältnismäßig wenig zu Wort gekommen.

„Dass in vielen Ländern Asiens und Afrika die Rollen des Westens auf der einen und Russland auf der anderen Seite keineswegs moralisch so eindeutig zugeordnet werden, wie es in hiesigen Medien erscheint, blieb in den ersten Monaten der Berichterstattung lange unterrepräsentiert.“ In Deutschland habe es stattdessen „eine Flut an Kommentaren“ gegeben, die „die Position der ukrainischen Regierung und ihres Botschafters in Deutschland übernahmen“.

Es sei kein neues Phänomen, dass die Medien im Kriegsfall „sehr nah“ an die Regierung heranrücken. Analysen zur medialen Begleitung von Irak-, Afghanistan und Kosovo-Krieg zeichnen ein ähnliches Bild. Im Fall des Kosovo-Kriegs kommt die Studie zu dem Schluss, dass der Mediendiskurs die politische Linie „fast identisch“ reproduzierte; „obwohl die Entscheidung über den Kriegseintritt eine deutliche Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte darstellt“. Unter 519 Kommentaren in Welt, FAZ, SZ, FR und taz zum Afghanistan-Krieg fanden sich zwei Drittel kriegsunterstützende Aussagen. Auswertungen zum Irak-Krieg bestätigen dieses Muster.

Außen vor gelassen wurde auch eine Thematisierung der grundlegenden Natur von Kriegen. Stattdessen wurden die russischen Soldaten als beispiellose Unmenschen dargestellt, als „Barbaren“ oder „Schergen“ bezeichnet. Gleichzeitig wurde das für seine rechtsextremistischen Tendenzen umstrittene ukrainische Asow-Regiment als „Helden der Ukraine“ betitelt. Dabei liege es in der Natur von Kriegen, dass sie brutal und grausam sind: „Es gibt keinen sauberen, nicht verbrecherischen Krieg“.

Gleichen wir nun die Vorwürfe der Autoren zum Ukraine-Krieg, mit den Ergebnissen der im Januar 2023 erschienen Studie ab.

Das Vorgehen der beteiligten Armeen

Die Studie zeigt, dass erneut politische Akteure das Geschehen dominierten (80 Prozent der Gesamtakteure). Dabei waren Regierungsakteure viermal so häufig vertreten wie Oppositionsakteure. Die verbleibenden 20 Prozent seien hauptsächlich zivilgesellschaftliche Akteure gewesen, "also Organisationen und Privatpersonen, die beispielsweise Hilfe für die Ukraine organisieren". Es scheint als wäre das "Vorgehen der beteiligten Armeen" tatsächlich nicht zum Thema geworden.

Gleichzeitig stellt sich die Frage, welches Gewicht solche Artikel in der Gesamtbetrachtung hätten einnehmen sollen. Bedenkt man die immense Masse an veröffentlichten Artikeln, könnten einige intensiv recherchierte Reportagen rein mathematisch überhaupt nicht in einer solchen quantitätsorientierten Statistik stattfinden.

Der Wunsch nach mehr Waffen

Die Studie hat auch die Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen zur Beendigung des Krieges angeschaut. Etwa 10 Prozent der untersuchten Beiträge bewerteten demnach die militärische Unterstützung der Ukraine als nicht sinnvoll, geschätzte 15-16 Prozent bewerteten sie ambivalent und 74 Prozent als sinnvoll. Gilt das als einseitige Berichterstattung?

Die Autoren der Studie bewerten diese Tendenz als „angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine verständlich“, fügen aber hinzu: dass es in „dieser Deutlichkeit“ dennoch überrascht und „in früheren vergleichbaren Fällen vermutlich anders ausgefallen“ ist.

Vor allem die deutliche Zustimmung zur expliziten Lieferung schwerer Waffen muss man im Kontext der deutschen Apathie gegenüber Waffenlieferungen als ungewöhnlich bewerten. Weniger als 10

Prozent der Beiträge bewerteten die Lieferung schwerer Waffen als nicht sinnvoll. Bedenkt man, welche Konsequenzen die Lieferung schwerer Waffen auch für die innere Sicherheit Deutschlands haben kann, ist diese Einhelligkeit doch beunruhigend.

Eurozentrismus

Zur Frage, inwiefern internationale Perspektiven zu Wort gekommen sind, finden sich in der vorliegenden Studie keine direkten Angaben. Sie zeigt aber, dass Russland/Putin über alle Leitmedien hinweg in mehr als 90 Prozent der Beiträge als "Kriegsverursacher" festgestellt wurde. Dazu geben die Autoren der Studie zu Protokoll: „Dieses Berichterstattungsmuster ist aber wenig verwunderlich, weil Russland – bei allem möglichen Verständnis für eine dort vielleicht als bedrohlich wahrgenommene Ost-Erweiterung der NATO – einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, der wenig Spielraum für andere Bewertungen zulässt“.

Medienwissenschaftlich zu analysieren, wer in den Beiträgen als Kriegsverursacher eingeordnet wird, ist besonders schwierig und ich bezweifle, dass sich diese Ergebnisse zweckmäßig auf die These aus dem Buch anwenden lassen. Dafür müsste erst einmal definiert werden, was denn die Eigenschaften des Attributs Verursacher in diesem Zusammenhang sind.

Wenn ich eine gedemütigte Person mit einem stolzen Temperament jahrelang provoziere und diese Person dann urplötzlich ihre ganze Energie in einen Angriff kanalisiert, dann bin ich zwar kein direkter aber doch indirekter Kriegsverursacher. Denn hätte ich diese Person nicht provoziert, wäre es mit hoher Wahrscheinlichkeit niemals soweit gekommen. Jetzt lässt sich spekulieren, dass er sowieso einen Wutanfall gehabt hätte, aber ehrlich gesagt: Das wissen wir nicht... und dementsprechend sind wir als Provokateur ganz zwangsläufig in der Pflicht unser Verhalten zu reflektieren und für meine Begriffe auch ein signifikanter Teil der Kausalkette, die zu diesem Wutausbruch geführt hat.

Es wird deutlich, dass sich dieser Begriff des Verursachers nicht unbedingt klar definieren lässt. Die Alliierten waren damals auch nicht unverantwortlich für den Aufstieg des NS-Regimes in Deutschland. In letzter Instanz verantwortlich waren die Nationalsozialisten und das deutsche Volk, aber das bedeutet nicht, dass die Alliierten den Verlauf der Geschichte nicht durch alternative Entscheidungen hätten erheblich verändern können. Dass man ein bereits geschlagenes Land nicht weiter demütigen sollte, ist eine der zentralen Erkenntnisse aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die US-Amerikaner wussten das übrigens schon damals.

Ohnehin geht es laut Precht & Welzer nicht darum, nur aus Prinzip auch mal abweichende Positionen zu Wort kommen zu lassen, sondern internationale Perspektiven darzustellen, die für die Gesamtbewertung relevant sind. In diesem Kontext ist es unerheblich, wie offensichtlich es im Westen erscheint, wer Kriegsverursacher ist und wer nicht. Wenn die Hälfte der Weltbevölkerung anders denkt, dann hat das irgendwo eine Relevanz. Vor allem wenn es darum geht, die Sinnigkeit von Sanktionen

einzuschätzen – man denke an das Gasembargo, das die Russen um einiges weniger traf als die Deutschen.

Übernahme des Regierungs-Narrativs?

Unter dem Regierungsnarrativ verstehen die Autoren im Wesentlichen, das „Zeitenwende-Narrativ“, dass Deutschland in der Pflicht stünde die Ukraine militärisch zu unterstützen und dass in der Ukraine die westliche Freiheit verteidigt würde.

Die Statistiken zur „Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen zur Beendigung des Krieges“ und zur Frage des *Kriegsverursachers* (inwiefern das unausweichlich ist, haben wir bereits diskutiert) sind Beispiele für Streitfragen, in denen eindeutig Regierungs-Narrative übernommen wurden. Wie bereits dargelegt, überschneiden sich die Einschätzungen der ukrainischen Regierung und der deutschen Leitmedien zur Bewertung der Situation wesentlich. Von der ukrainischen Regierung geforderte Maßnahmen wurden überwiegend als positiv bewertet; mit wenigen Ausnahmen, so bewertete der *Spiegel* diplomatische Maßnahmen als einziges Medium überwiegend positiv und wich damit von der Linie ab.

Gleichzeitig zeigt die Studie, dass die Bundesregierung im Gesamten und Bundeskanzler Scholz jeweils mit einem Saldo von mehr als -25 Prozent überwiegend negativ bewertet wurden. Sowohl Robin Alexander bei Markus Lanz als auch Bernhard Pörksen in seiner Rezeption bei *Spiegel-Online* merken zurecht an, dass hier ein Widerspruch besteht. Auf der einen Seite würden die Leitmedien regierungsnah agieren und auf der anderen die Regierung negativ bewerten. Diesen Widerspruch werden wir später auflösen.

Inwiefern als Konsequenz dessen, die „Position des Dritten“ im Fall des Ukraine-Kriegs zu kurz gekommen ist, lässt sich aus den Studienergebnissen nicht ableiten. Nichtsdestotrotz liegt es nah, dass bei einer solchen Einhelligkeit neutrale Positionen zumindest im Hinblick auf diese Themen auf der Strecke geblieben sind.

Wie einseitig waren die Medien im Ukraine-Krieg wirklich?

Es ist wichtig, die Einseitigkeit der Berichterstattung in manchen Fragen in den politischen Kontext zu setzen. Bei der Frage nach dem *Kriegsverursacher* gibt es für mich zwar mehr Diskussionspotenzial als in den Medien wiedergespiegelt, im Großen und Ganzen halte ich die Einseitigkeit aber für legitim. In anderen Aspekten, vor allem den der Waffenlieferungen und der Unterrepräsentation internationaler Perspektiven, sind die Medien ihrem Auftrag schlichtweg nicht gerecht geworden. Von den Thesen Precht & Welzers bestätigen sich die meisten. Ob der selbstsichere und überhebliche Stil, in dem diese Thesen im Buch vorgebracht wurden, in einem Verhältnis zu dem Maß an Einseitigkeit steht, ist eine andere Frage.

Wann Einseitigkeit zum Problem wird

Die Fakten zeichnen ein deutliches Bild: Den Leitmedien gelingt es nicht die gesamte Breite der Bevölkerung zu repräsentieren – genauso wie es im Buch kritisiert wird. Eine solche Diskrepanz ist zu einem gewissen Grad unvermeidbar, aber was diese Studien beobachten und auch konsequent kritisieren geht weit über diese Schwelle hinaus. Vor allem auf der Akteursebene zeigt sich ein beunruhigender Fokus auf eine Politikerriege und ihre internen Streitigkeiten, die nicht selten fern von den realen Lebenserfahrungen der Menschen liegen.

Im Buch argumentieren die Autoren, dass den Leitmedien die Pflicht zukommt, politische Repräsentationslücken in der Zusammensetzung des Parlaments, durch ihre Berichterstattung auszugleichen. Diesem Auftrag werden sie offensichtlich nicht gerecht. In der Konsequenz fühlen sich Bürgerinnen und Bürger nicht wahrgenommen und das ist sicher nicht ohne jegliche Konsequenzen für das Medienvertrauen in Deutschland.

Ganz strukturell gefährdet Einseitigkeit aber die Freiheit des Denkens. Die möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung am politischen Diskurs ist ein essenzielles Werkzeug zur Gestaltung einer gesunden Politik und vor allem zur Wahrheitsfindung. Es ist allgemein bekannt, welche integrale Rolle die Prohibition der Meinungsfreiheit in der Degeneration der Weimarer Republik oder in der Implementierung des autoritären kommunistischen Systems in der Sowjetunion gespielt hat.

The Unmarked Space

Wenn über ein Thema einseitig berichtet wird, bedeutet das zumindest, dass überhaupt darüber berichtet wird. Allerdings gibt es laut den Autoren auch einen beachtlichen Raum an Themen, die es überhaupt gar nicht in das Scheinwerferlicht schaffen. Auch wenn die Leitmedien nicht alles in die Öffentlichkeit rücken können, sei es ihr Auftrag die Realität so breit und umfassend wie möglich in der Berichterstattung zu repräsentieren.

Stattdessen würden sie herausfiltern, was erstens innerhalb der Redaktion nicht passt und was zweitens nicht genügend Aufmerksamkeit generieren wird. Was gesellschaftlich relevant ist, würde durch die Themensetzung der Medien bestimmt werden und wenn sich diese Themensetzung hauptsächlich am Publikum orientierte, entstünde ein beachtlicher „*Unmarked Space*“. Was massenmedial zur Realität werden, habe „oft mehr mit den Filtersystemen oder antizipierten Publikumserwartung zu tun als mit den Geschehnissen selbst“.

Damit kommt den Leitmedien laut den Autoren eine besondere Machtposition zu und genau diese Macht vergrößere sich, wenn die Leitmedien die Realität verzerren. Sie selbst entscheiden darüber, was wichtig ist und was nicht. Die Leitmedien würden sich in diesem Sinne ihre eigene Realität erzeugen. Aus demselben Grund müssten sie sich auch nicht für irgendeine Form von äußerer Kritik aus den

Medienwissenschaften interessieren, da sie schlussendlich selbst darüber entscheiden, was in der Öffentlichkeit zum Thema wird.

Elitendiskurse

Dieser „*Unmarked Space*“ sei mitunter Resultat des sogenannten „*Indexing*“: „die oft weitgehende Übereinstimmung von grundsätzlichen Auffassungen innerhalb der politischen und journalistischen Elite“.

Ein prominentes Beispiel findet sich für die Autoren in der Dissertation von Uwe Krüger: „Besteht über ein Thema Konsens in der politischen Elite, so die Annahme, unterstützen die Medien die Regierungslinie kritiklos oder schweigend; sie äußern dann keine grundsätzliche Kritik an einem Vorhaben, sondern arbeiten sich allenfalls an taktisch-performatorischen Details ab, üben Kritik also an einer weiter unten liegenden Ebene“.

In seiner Dissertation arbeitet Krüger auf Grundlage von Daten des Zeitraums 1. Januar 2002 bis 31. Dezember 2009 die Verflechtungen zwischen Politik und Medien heraus. Diese manifestieren sich mitunter darin, dass die Politiker „vielfache Überschneidungen in ihren jeweiligen institutionellen und persönlichen Netzwerken aufweisen und grundsätzliche sicherheitspolitische Auffassungen teilen, die atlantisch geprägt und NATO-affin sind.“

Treiber und Getriebene?

Indexing erklärt das wiederholt aufkommende Missverständnis, dass ein vermeintlicher Widerspruch zwischen den im Buch vorgebrachten Thesen der Regierungsnähe und des journalistischen Aktivismus besteht.

So schreibt Bernhard Pörksen in seiner Rezeption: „Tatsächlich aber widersprechen sich diese Behauptungen, weil »die Leitmedien« mal als Treiber, dann als Abhängige, schließlich als Getriebene erscheinen.“ Auch Robin Alexander äußert diese Kritik bei Markus Lanz: „Beide Dinge schließen sich eigentlich denkbare aus. Entweder haben wir uns mit Scholz auf etwas geeinigt oder wir treiben Scholz zu etwas, was er gar nicht will“.

Denn am Beispiel des Ukraine-Kriegs beschreibt die Hypothese gemäß Precht & Welzer, dass „keine Kritik oder Infragestellung am "Zeitenwende"-Narrativ des Bundeskanzlers und der einhelligen Haltung der etablierten Parteien zur Steigerung der Waffenlieferungen artikuliert wird“. Gleichwohl aber die „zögerliche oder zaudernde Haltung der Regierung oder die zu langsame Umsetzung der Lieferungen kritisiert wird“.

So können die Medien auf einer Ebene konsequent auf Regierungslinie stehen und auf einer anderen Ebene gegen sie arbeiten. Der vorgebrachte Widerspruch ließe sich nur in einem geschlossenen System konstruieren (BiasedSkeptic, 2022). In ihrem Buch unterscheiden Precht & Welzer aber bewusst, wann die Leitmedien als „Treiber“ und wann als „Getriebene“ zu betrachten sind.

Insgesamt führt Indexing gemäß der Autoren dazu, dass eine (hier zitieren sie Krüger) „konsensuell geeinte Elite in wichtigen Fragen [...] gegen die Interessen eines Großteils der Bevölkerung regieren kann und dass journalistische Eliten zu stark in das Elitenmilieu eingebunden sein könnten, um noch als Anwälte des öffentlichen Interesses kritisch-kontrollierend zu wirken.“

Denn was Krüger im Hauptteil seiner Studie beschreibe, die systematische Verflechtung von Politik und Medien, ist der Grund, warum es zu besagtem *Indexing* kommt. Es kristallisiere sich ein Diskurs zwischen politischer und journalistischer Elite heraus, der aus einer speziellen Linse auf die Welt blickt. So komme es dazu, dass große Themen nicht in der Öffentlichkeit vorkommen.

In der Welt dieser Journalisten würden Fakten als unumstritten gelten, die in der breiten Bevölkerung weit von diesem Attribut entfernt seien. Diese eigens erzeugte Realität weiche stark von der Durchschnittsbevölkerung ab. „Es ist Indexing, was dazu führt, dass abweichende Positionen, die aus der Zivilgesellschaft heraus artikuliert werden, unisono abgewertet oder durch eine große Zahl von Gegenartikeln bzw. ungleiche Positionsbesetzungen in Talkshows delegitimiert werden“.

Wie viel Unmarked Space können wir vertragen?

Dass sich Leitmedien mit der Politik auf ein Narrativ einigen, klingt mystischer als es eigentlich ist. Wenn Gesellschaft und Politik einen Sachverhalt bewerten, kommen wir meist zu einem kleinsten gemeinsamen Nenner. Ein Satz an Fakten, auf den wir uns verständigen können. Diese Fakten sind die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Diskurs. In einer Diskussion um die Rolle der Zentralbank im monetären System, ergeben wir uns zum Beispiel nicht plötzlich in einer Diskussion darüber, ob wir Geld nicht doch lieber abschaffen und stattdessen Weizen gegen Milch tauschen sollten.

Jede Diskussion braucht gewisse Prämissen, die von der Mehrheit geteilt werden, damit es überhaupt zu einem konstruktiven Austausch kommen kann. Wenn sich Regierung und Medien also auf ein Narrativ einigen, dann ist das erstmal keine überraschende Beobachtung, sondern ein immanentes Merkmal von Debatten.

Problematisch wird es dann, wenn die Einigung auf gewisse Prämissen nicht unter Einschluss aller Diskussionsbeteiligten erfolgt und sich Leitmedien zusammen mit der Politik in ihren Echokammern ein Narrativ entwickeln, das sie anschließend der restlichen Öffentlichkeit aufdrängen wollen.

Man stelle sich eine Podiumsdiskussion vor. Es gibt eine Gruppe an Zuhörern, Politiker auf dem Podium und einen Moderator. Einigen sich Zuhörer, Politiker und Moderatoren darauf, die Existenz des menschengemachten Klimawandel als Prämisse für die darauffolgende Diskussion zu akzeptieren, ist das völlig normal. Entscheiden aber Moderator und Politiker unter sich, diese Prämisse festzulegen und wählen anschließend nur diejenigen Fragen aus, die sich diesem Narrativ beugen, ist das Zensur.

Jetzt mag man anzweifeln, dass es in der Realität tatsächlich solche Elitendiskurse gibt. Man mag behaupten, dass Krügers Dissertation ein Einzelfall ist und man weitere Beweise benötigt, um Elitendiskurse als relevantes Phänomen zu kritisieren und das zurecht. Schauen wir uns die Sachlage

also nochmal genauer an und fragen uns, ob es nicht weitere Situationen gibt, in denen Ähnliches beobachtet werden kann.

Auch Michael Haller beruft sich zum Beispiel in seiner Studie zur Migrationskrise auf die Indexing-These. Im Fazit schreibt er: „Im Sinne der Indexing-These ist der virtuelle Adressat der Kommentare nicht der Leser, sondern die Politik. Die Argumente erörtern meist die von Politikern aufgeworfenen Vorschläge in operativer Hinsicht. [...] So dienten die Kommentare *grosso modo* nicht dem Ziel, verschiedene Grundhaltungen zu erörtern, sondern dem, der eigenen Überzeugung bzw. der regierungspolitischen Sicht Nachdruck zu verleihen.“

Und auch beim Ukraine-Krieg wurde gezeigt, dass Leitmedien und Politik dasselbe Narrativ akzeptiert haben: nämlich das Narrativ, dass wir die Ukraine militärisch unterstützen müssen. Ein gemeinsames Narrativ wäre, wie erläutert, prinzipiell nicht schlimm, wenn nicht gleichzeitig die Hälfte der Bevölkerung in Sachen Waffenlieferungen anderer Meinung wäre. Für diese Menschen ist dieses Thema noch nicht abgehakt und keineswegs, wie von den Medien propagiert, allgemein akzeptierte Prämisse.

Während in den Medien darüber diskutiert wurde, wie viele Panzer, Haubitzen (und Helme), wir schicken sollen, hat die normale Bevölkerung diesen Konsens, Waffen liefern zu müssen, noch lange nicht akzeptiert.

Jetzt mag man im nächsten Schritt eine Reihe an Beispielen einwenden, in denen wir kein explizites Indexing beobachten konnten. Man mag Beispiele aus ruhigeren politischen Zeiten wählen und sagen: Schaut her. Hier kam es nicht zum Indexing. Und das mag je nach Situation sogar zutreffend sein, es ist aber wichtig zu verstehen, dass worauf sich Krüger in seiner Dissertation, Precht & Welzer im Buch und *Indexing* im Generellen konzentrieren, Krisensituationen sind. Es geht vor allem um Kriegssituationen, in denen Mitgliedschaften oder Teilnahmen an „atlantisch geprägt[e] und NATO-affin[e]“ Institutionen in einem Konflikt mit dem journalistischen Auftrag stehen, die Realität so breit und umfassend wie möglich wiederzugeben.

Gala-Publizistik

Die Autoren beobachten eine beunruhigende Neigung zu sensationsorientiertem Journalismus in den Leitmedien. Schon 1994 kamen erste kritische Stimmen in puncto Personalisierung und Sensationierung auf. Anlass war damals die Entstehung des Kommerzfunks, dessen Methoden Bundespräsident Richard von Weizsäcker zur Berufung einer Kommission „zur Lage des Fernsehens“ bewegten. Im SPIEGEL wird der Bericht zusammengefasst: „Bei der Jagd nach Sensationen kommt es zu `Grenzüberschreitungen, die durch voyeurhaftes Zeigen die Würde von Opfern verletzen`; in Shows habe eine `Spirale der Superlative eingesetzt`. Fernsehunterhaltung suggeriere `eine Welt, die nicht die unsere ist““. (Spirale der Superlative, 1994)

Dass Sensationierung ausgerechnet in Deutschland so populär ist, habe mit der Formierung der „Berliner Republik“ zu tun. „Das verschlafene Berlin wurde zur Szene der Geltungsbedürftigen jeglicher Couleur“, fassen die Autoren zusammen und führen aus, was Lutz Hachmeister in seinem Buch als „nervöse Zone“ voller meinungsfreudiger Journalisten bezeichnet. „Parallel zum Verlust der Konturen wird die Politik immer stärker sensationiert“. Weil sich Politiker weniger über Meinungen streiten würden, begännen die Medien einen „Personendissens“ herzustellen. Damit verschiebe sich der mediale Fokus von Inhalten zu Personen.

So entwickelt die Leitmedien eine falsches Verständnis ihrer Pflichten: „Denn wo politischer Journalismus mit Journalismus über Politiker verwechselt wird, entleert sich das Politische im Sinn des Aushandelns der Zukunft des Gemeinwesens“. Extreme Ausprägungen würden sich im „Kampagnenjournalismus“ finden, den wir in erster Hand am Umgang mit Persönlichkeiten wie Peer Steinbrück, Armin Laschet oder Christian Wulff nachvollziehen können. Die Leitmedien hätten seit Neuestem nicht nur eine „Deutungsmacht über Themen“, sondern auch eine „Deutungsmacht über Personen“.

Dieser „Moralverlust beim Umgang mit Politikern“ spiegle sich in deren „Distanzverlust“. Sich so „sauber wie möglich verpackt zu präsentieren“ gehöre in der Konsequenz zur politischen Praxis. Ausnahmen wie Olaf Scholz würden die Regel bestätigen. Der sensationsorientierte Journalismus reagierte also auf die inhaltlichen Konturverluste der Politik mit einer Neuinterpretation des politischen Journalismus, der nicht über Politik, sondern über Politiker berichtet.

Wie viel Gala produzieren die Leitmedien wirklich?

Dass sich politischer Journalismus hauptsächlich mit der moralischen Standhaftigkeit anstelle ihrer inhaltlichen Vorschläge mit Politikern auseinandersetzt, ist tagtäglich zu beobachten. Neben den Beispielen von Wulff, Laschet und Steinbrück lässt sich auch über Annalena Baerbock sprechen, deren Lebenslauf und Integrität urplötzlich zum Mittelpunkt der politischen Berichterstattung wurde. Sowieso war es im gesamten Wahlkampf völlig unerheblich, welche politischen Themen welche Person vertritt. Zu jeder Zeit ging es darum, welche Person sich weniger Patzer leistete und es ist wahrscheinlich der einzige Grund, warum ein Charismatiker wie Olaf Scholz diesen Wahlkampf gewinnen konnte.

Ironischerweise waren es eigentlich die Grünen, die von der neuen Moralisierung so immens profitierten. Denn wenn die Grünen seit ihrer Gründung für etwas stehen, dann dafür die „Guten“ zu sein, moralisch überlegen und immer im Interesse des Richtigen zu agieren; Friedenspartei, Umweltpartei, Tierschutzpartei und sozial in einem. Sie sind durch und durch das Produkt einer Welt, in der Talkshowgäste als Erstes gefragt werden, wie sie denn heute angereist sind. Wer mit dem Auto da ist, hat an dieser Stelle schon verloren, denn wer sich nicht in Linie mit den neuesten Klimaschutz-Tugenden verhält, ist automatisch ein schlechter Mensch; Inhalte sind egal, Konzepte sind egal, Ideen sind egal, einzig und allein die private Tugendhaftigkeit entscheidet, wer ein guter Politiker ist und wer nicht.

Cursor

Aber wie genau läuft diese „Selbstangleichung“ der Medienlandschaft im Detail ab? Wie kommt es zu dieser Einseitigkeit und dazu, dass die Leitmedien auf den selben Takt getrimmt sind? Ein Teil der Antwort sind die im Kapitel „*The Unmarked Space*“ beschriebenen Verflechtungen zwischen Politik und Medien und das damit zusammenhängende *Indexing*. Einen anderen Teil der Antwort liegt in wirtschaftlichem Druck und der daraus resultierenden neuen „Publikumsorientiertheit“. In diesem Kapitel geht es aber um einen anderen Teil der Antwort: nämlich das, was die Autoren „*Cursor-Journalismus*“ getauft haben.

Die Mediokratie habe den politischen Diskurs verändert. „Politiker in der Mediokratie punkten am meisten dadurch, dass sie Grundsatzpositionen aufgeben und sich die Politik des Gegners zu eigen machen“, schreiben die Autoren. Aus dieser Entwicklung würden zwei Folgen resultieren. Im ersten Schritt würden die Parteien intoleranter gegenüber ihren „nichtmittigen Flügeln“ werden. Im zweiten Schritt hinterlässt diese Intoleranz gegenüber den eigenen Flügeln und die konsequente Wanderung in Richtung politischer Mitte ein „als verkrustet gebrandmarkter und als ‚radikal‘ stigmatisierter Rand“. „In einer Mediokratie ist ‚Mitte‘ wichtiger als Pluralität“.

Auch die Medien würden sich seit jeher an diesem *Cursor* der Mitte orientieren. Es entwickle sich ein neuer publizistischer Imperativ: „*Schreibe stets so, dass deine Meinung die Meinung der anderen Journalisten sein könnte*“. Wenn Medien sich auf eine Person, wie damals auf Bundespräsident Wulff eingeschossen hätten, wolle jedes Medium ein neues Detail beitragen, um im Anschluss von der Konkurrenz zitiert zu werden. „Wichtig ist, dass man dort steht, wo die Mehrheit der Kollegen steht“.

Im selben Zug komme es zu einer bisher ungeahnten *Indexierung* (nicht dasselbe wie *Indexing*): „Wer gerade nicht in der Mitte ist, ist moralisch fragwürdig und zum Abschuss freigegeben.“. So würden die Leitmedien vermehrt in den simplen Kategorien von WIR gegen DIE denken. Wie wechselhaft der *Cursor* sein kann, zeige sich zum Beispiel daran, dass die Mehrheit der Journalisten im Sommer 2021 erst gegen und im Herbst bzw. Winter desselben Jahres umschwenkte und für eine Impfpflicht plädierte.

Instabiles Fundament

Schwäche der *Cursor-Argumentation* ist, wie auch bei der *Gala-Publizistik*, dass die Autoren den mystischen Zustand der *Mediokratie* voraussetzen. Sie ist der Ursache für all die beschriebenen Mechanismen, wird im Buch aber nie ausführlich belegt. Stattdessen berufen sie sich ausschließlich auf Thomas Meyers „*Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*“ und setzen es als unumstrittene Grundlage voraus. So bleibt es völlig unerklärt, warum die politischen Ränder „gebrandmarkt“ oder „stigmatisiert“ wurden oder warum sich Politiker immer mehr an der Mitte orientieren.

In einigen Passagen bekommen wir zumindest kurze Einblicke, wie es denn zur Mediokratie gekommen sei und warum Journalisten seit Neuestem so aufmerksamkeitsorientiert berichten. So habe

die „Formierung der ‚Berliner Republik‘ eine wichtige Rolle gespielt, wie sie Lutz Hachmeister nachzeichnet. Aber auch das Privatfernsehen und besonders die Direktmedien sollen ihren Teil zu dieser Entwicklung beigetragen haben; jedenfalls nach meinem Verständnis der Argumentation.

Wenn der Löwenanteil der eigenen These auf einer Prämisse beruht, die nicht gerade zum Allgemeinwissen gehört, dann hängt die Stabilität der gesamten Argumentation davon ab, wie handfest diese Prämisse ist. Wenn sich diese Prämisse dann auf nicht mehr als ein spezielles Buch von einem speziellen Medienwissenschaftler stützt, dann sät das berechtigte Zweifel an der gesamten Argumentation.

Eigentlich könnte die *Cursor-Argumentation* eine Erklärung für die Mediokratie sein, nur wird sie von den Autoren als Ergebnis und nicht Ursache der Mediokratie beschrieben. Dabei liefert der *Cursor* eine plausible Erklärung, warum Opportunismus unter Politikern so populär wurde und die Mitte zur neuen Maxime. Aber auch dann stellt sich die Frage, wie es zum *Cursor* kam. Dafür ließen sich die sozialpsychologischen Phänomene anführen, die im nächsten Kapitel beschrieben werden. Aber diese Erklärung ließe offen, warum dieser *Cursor* in unterschiedlichen Ländern unterschiedlich ausgeprägt sind.

Eine valide Erklärung für diese ganzen Hypothesen muss zumindest ein zeitliches und geografisches Element besitzen. Es muss die Frage beantworten, warum der *Cursor* hauptsächlich ein modernes Phänomen ist und warum seine Stärke je nach Land variiert. Jetzt ließen sich aus dem Buch verschiedene Puzzlestücke sammeln, um zum Beispiel mit der „Formierung der ‚Berliner Republik‘“ den geografischen Faktor (teilweise auch den zeitlichen) und mit dem Privatfernsehen sowie den Direktmedien, dem Internet und dem daraus resultierenden wirtschaftlichen Druck den zeitlichen Faktor zu erklären. Wenn ich an dieser Stelle noch nicht verloren habe, dem kann ich zustimmen, ab diesem Punkt ist es doch einfach nur noch ein komplettes Durcheinander. Kehren wir zum Kern zurück.

Die Breitenwirkung des Cursors

Dass sich Journalisten an der Mehrheit orientieren, ist keine originelle Eigenschaft der Branche. Gruppendenken und Konformitätsdruck seien gut erforschte sozialpsychologische Phänomene. Aus einer Reihe an Experimenten ließen sich folgende Beobachtungen kristallisieren:

- In Gruppen tendieren wir dazu uns der Gruppenmeinung anzupassen
- Dabei beeinflusst die Gruppe sogar unser Unterbewusstsein, sodass wir die Welt aus der Perspektive der Gruppe sehen. Wir glauben wirklich, dass die Dinge so sind, wie die Gruppe es glaubt,
- Je konformer die Gruppe, desto eher passen wir uns an,

- Je größer die Gruppe, desto eher passen wir uns an,
- Je unbekannter die Situation, desto eher passen wir uns an

Vor allem in Krisensituationen voller unbekannter Variablen kommt es besonders schnell zu Gruppendenken. Die Ungewissheit dieser Situationen verleiten uns dazu, uns in einem wechselseitigen Prozess an dem Handeln unser Mitmenschen zu orientieren. Das erkläre zum Beispiel die oft schwer begreifbare mangelnde Zivilcourage bei in der Öffentlichkeit begangenen Straftaten oder Notsituationen.

Die "Spekulationen" über Putins gesundheitliche und mentale Verfassung und sein persönliches Umfeld führen die Autoren als Beispiel für eine solche Situation an, in der es sich eigentlich um wilde Spekulationen handelt, sich die Medien im wechselseitigen Austausch ihrer Vorschläge mit der Zeit aber eine eigene Version der Geschichte generieren würden: „Gruppen tendieren dazu, sich auf eine gemeinsame Perspektive zu einigen, was besonders in Gefährdungssituationen unter Stress zu Selbstverstärkungseffekten führt“.

Journalistische Wahrheit

Wie aber können Journalisten den vorherrschenden Narrativen so leicht Glauben schenken? Was ist mit ihrem Wahrheitsanspruch? Um das zu verstehen, sei es „erhellend zu sehen, wie journalistische Wahrheit gemeinhin beschaffen ist“. Wie der Philosoph William James postulierte, sei die menschliche Wahrheit viel eher eine „pragmatische“ als eine „objektive“ Wahrheit. Demnach orientieren wir uns je nach Kontext an unterschiedlichen Wahrheiten, deren Grundkonzepte uns in der jeweiligen Situation gerade zweckdienlich erscheinen.

Niemand wende wissenschaftliche Methoden an, um den Alltagsklatsch zu analysieren. Was am Kaffeetisch Wahrheit ist, ergibt sich vor allem aus dem persönlichen Empfinden: „Der war schon immer so“, „Der kann einfach nicht anders“, „Sie hat schon wieder...“. Bei einer juristischen Bewertung würde zum Beispiel nicht nur nach Kausalität und den Tatumständen geurteilt. Darüber hinaus werden auch Faktoren wie die geistliche Verfassung der Person miteinbezogen.

Journalistische Wahrheit sollte für die Autoren die Realität präzise abbilden, sich dabei auf qualitative Quellen berufen und Kontext liefern, der bei Entschlüsselung und dem Verständnis hilft. In der Realität drehe es sich für Journalisten bei der Bewertung von Informationen als wahr oder nicht wahr aber oft darum, welche Information nach James Prinzip der „pragmatischen Wahrheit“ gerade zweckdienlich ist.

Journalismus braucht Prinzipien

Menschen denken von Natur aus nicht wissenschaftlich. Tatsächlich ist eine völlig rationale Denkweise eine ziemlich moderne Entdeckung und nicht nur das, es ist auch eine besondere Überwindung für den

Menschen. Trotzdem schaffen es die meisten Wissenschaftler ihrem Ethos entsprechende Ergebnisse zu produzieren. Scheinbar haben sich Journalisten von ihrem Ethos allerdings zu weit entfernt. Aber was ist überhaupt der journalistische Ethos?

Zum Ende kommen wir nochmal darauf zuspochen, dass sich besagter journalistischer Ethos leider stark verändert hat. Mittlerweile würden die Autoren sogar in Workshops lernen, dass sie Präzision und Realitätstreue gegenüber Spannungskurven und möglichst viel Aufregung geringer priorisieren sollten. Irgendwie müsse man bei den sinkenden Aufmerksamkeitsspannen ja mithalten.

Solange der deutsche Journalismus diese Wahrheitsprinzipien nicht in seine DNA einimpft, ist es keine Überraschung, wenn sozialpsychologische Schwächen des Menschen so konsequent zu einseitigen Narrativen führen. Vor allem in Krisensituationen, die sich durch allgemeine Ungewissheit charakterisieren, sind diese menschlichen Schwächen solide Erklärungen für die Ausbreitung eindimensionaler Narrative und dass es in Ausnahmesituationen tatsächlich zu überproportionaler Einseitigkeit kommt, konnten wir im Kapitel zur Repräsentationslücke klar und deutlich nachvollziehen.

Ökonomischer Druck

Seit dem Aufstieg des Internets haben sich die Bedingungen für den Journalismus stark verändert. Die Autoren zitieren BILD-Chefredakteur Matthias Döpfner, der diese Transformation zusammenfasst: „Im Online-Journalismus wird der Leser zum Vorgesetzten des Redakteurs. Der User sagt dem Journalisten, was ihn interessiert. Die mitlaufende Erfassung der Klick-Raten wird zur Marktforschung in Echtzeit“. Für Precht & Welzer ist diese Entwicklung aber nicht so positiv konnotiert, wie es klingen mag. Den Leser immer mit dem zu füttern, was er lesen wolle, lasse außen vor, was er lesen müsse.

Dass sich der Journalismus überhaupt an diesen Parametern orientiert, sei das Ergebnis einer wirtschaftlichen Veränderung der Medienlandschaft. Lange konnten die Printmedien sich auf das Anzeigengeschäft und Abonnements als sichere Einnahmequelle verlassen.

Mit dem Internet kam zum einen eine alternative Informationsquelle auf den Markt, die den Printmedien ihre Bezahlabonnenten abjagte. Nutzer hätten sich nun einfach eine individuelle Kollektion an kostenlosen Quellen zusammenwählen können anstatt ein riesiges Zeitungspaket zu kaufen.

Zum anderen ermöglichten Suchmaschinen das „Targeting“, eine auf den Nutzer zugeschnittene Form der Werbung. Es kam zu einem riesigen Einbruch der Werbebranche, von der auch die Printmedien nicht unbetroffen blieben.

Mit der Zeit liefen die ersten Online-Ableger der großen Medienhäuser an. Wie man es in abgeschwächter Form schon aus dem Privatfernsehen kannte, orientierten sich die Online-Angebote an Aufrufen, Klicks und Reichweite: kurz gesagt an der *Aufmerksamkeit* der Nutzer. Je ausgefeilter die Analysewerkzeuge wurden, desto präziser wurden Inhalte auf den größtmöglichen prognostizierten Reichweitzuwachs zugeschnitten. Das äußerte sich am Anfang primär in Klickstrecken, um die

Anzeigenpreise in die Höhe zu treiben. Heutzutage zeigt es sich in Form von Suchmaschinenoptimierung (SEO).

Der ökonomische Druck führte also zu einer Berichterstattung, die sich zunehmend an der Aufmerksamkeit ihrer Nutzer orientierte. Welche Konsequenzen diese Maxime für die Qualität der Leitmedien hat, wurde in den letzten Kapiteln verdeutlicht: Eine Berichterstattung nach dem Maßstab Sensationspotenzial. Dessen Folgen sind wiederum eine Vergrößerung der Repräsentationslücke, ein *Unmarked Space* und eine beunruhigende Ausweitung des eigenen politischen Einflusses.

Warum dieses Selbstverständnis nicht funktionieren kann

Die in diesem Kapitel beschriebene Entwicklung ist wohl das unumstrittenste Kapitel des Buchs. Auch in der medialen Rezeption wurde angemerkt, dass die „Auswüchse klickbasierter Online-Berichterstattung“ nichts neues und bereits vielfach beschrieben seien (Benninghoff, 2022).

Es scheint als wäre es so offensichtlich, dass man sich heutzutage einfach damit abgefunden hat. Dabei zeigen die Autoren in diesem Buch, unabhängig davon, ob man den steileren Hypothesen des *Cursors* per se Glauben schenken möchte, dass eine Orientierung an der Aufmerksamkeit des Lesers schon aus philosophischer Betrachtung dem Ideal der Medien widerspricht und kaum als Emanzipation des Lesers verstanden werden darf. Wer den Auftrag des klassischen Journalismus in der Erregungsverwirklichung seiner Leser verortet, der ist auf einem guten Weg den Journalismus obsolet zu machen.

In der Mission die Aufmerksamkeitsschwächen des Menschen auszunutzen, wird kein klassisches Medium jemals an die Gewaltigkeit der TikTok-, YouTube- und Instagram-Algorithmen anschließen können. Noch können die Leitmedien in ihren Direktmedien-Ablegern teilweise kompensieren, was ihnen auf einer Plattform, auf der Autorität immer weniger bedeutet und jeder veröffentlichen darf, mangelt. Der Trend entwickelt sich momentan aber in eine eindeutige Richtung. Das lässt sich hervorragend auf TikTok beobachten. Denn dort zählt immer weniger, *wer* etwas postet und immer mehr, *was* gerade lustig und unterhaltsam ist.

Qualitätsverlust der Leitmedien

Grautöne und Abstufungen würden in den Leitmedien nur unzureichend stattfinden: „Man ist Teil der linken Willkommenskultur für Geflüchtete und somit "Multi-Kulti, oder man ist ausländerfeindlich und rechts. Man ist für jede staatliche Coronamaßnahme oder man ist Schwurbler und Querdenker. Man ist für die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine oder man ist Putinverstehher. Die Raster sind medial vorsortiert [...]“. Die Autoren sprechen von einer „Verzweseitigung“.

Die Expansion der NZZ nach Deutschland während der Flüchtlingskrise zeige wie sich Leitmedien bewusst als „Underdogs“ inszenieren. In dieser Zeit sei die NZZ durch kontroverse Thesen und bewusste Provokation aufgefallen. Nach dem Vorbild der Direktmedien seien plötzlich „Freund-Feindlinien“ markiert und Spaltung heraufbeschworen worden. Anstatt wahrheitsorientiert und differenziert zu

berichten, wäre es einzig und allein darum gegangen einen möglichst hohen Spannungsgrad erzeugen und die dadurch erzeugte Erregung auszunutzen. So partizipieren die Leitmedien in der Erzeugung einer künstlichen Spaltung.

Die Verlockung, Reichweite abzugreifen, stünde in den Leitmedien mittlerweile über dem eigenen Qualitätsanspruch. Ergebe sich eine Chance die eigene Reichweite im Rahmen eines Mediensturms zu erhöhen, steige man schnell ein. In der Konsequenz erleben wir eine allgemeine Qualitätsabnahme in den Leitmedien.

Neben den Printseiten auch die Online-Seiten bedienen zu müssen, führe in zweiter Instanz ebenfalls zu einer enormen inhaltlichen Redundanz: „So bleibt von der fiebernden Berichterstattung, etwa zur Pandemie, oft vor allem die Infodemie in Erinnerung, nicht aber substanzielle Inhalte.“

Dass Leitmedien ihre Qualitätsansprüche heutzutage weniger priorisieren, zeige sich auch in einer Studie zur Formatentwicklung in den Redaktionen der Öffentlich-Rechtlichen. Sie zeige, dass „schon in der Formatentwicklung“ journalistische Inhalte auf eine möglichst große algorithmische Verbreitung zugeschnitten werden.

Entfernen sich die Leitmedien von ihren Qualitätsstandards?

Auch Michael Haller kommt in seiner Studie zur Migrationskrise zu dem Schluss: „Kaum ein Kommentar während der sogenannten Hochphase (August und September) versuchte eine Differenzierung zwischen Rechtsradikalen, politisch Verunsicherten und besorgten, sich ausgegrenzt fühlenden Bürgern“. Wenn Meinungen und Konzepte von den Leitmedien konsequent in schwarz-weiße Denkkategorien eingeordnet werden, brauch sich niemand wundern, dass sich vielen der Eindruck einer gespaltenen Gesellschaft aufdrängt.

Das Buch ist und bleibt keine systematische Analyse. Nichtsdestotrotz ist es beunruhigend und unangebracht, wenn sich selbst die Öffentlich-Rechtlichen in der Formatentwicklung nicht mehr an objektiven Qualitätskriterien gesunder Medien sondern aus den Direktmedien abgeleiteten kurzfristigen und oberflächlichen Aufmerksamkeitsbedürfnissen orientieren. Zumal der Vollständigkeit halber ergänzt werden muss, dass das algorithmische Verbreitungspotenzial bei der Aufarbeitung wichtiger Themen laut eigenen Angaben der Redakteure keine Rolle spielen würde. Auch der Fall der NZZ-Deutschland spricht eine klare Sprache, muss aber Einzelfall in einen größeren Kontext eingeordnet werden.

Mangelnde Hintergrundberichterstattung

Wie es überhaupt zur allgemeinen Erregung der Leitmedien kam, habe viel mit *Dekontextualisierung* zu tun. In dieser Hinsicht hätten die etablierten Medien längst die „*Strukturmerkmale der Social-Media-Kommunikation*“ in ihren Methodenkasten aufgenommen. Epizentrum aller Erregung sei Twitter, das als „Sensor für Angelegenheiten mit hohem Aufmerksamkeitswert“ diene.

Immanent in der Konzeption von Twitter liege aber das Problem, dass Tweets nicht der „Entwicklung und Prüfung eines Arguments, sondern dem sozialen Design des Absenders“ dienen. Kurz gesagt: ginge es vor allem darum, seine eigene Haltung klarzumachen anstatt sich differenziert auf inhaltlicher Ebene mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Obwohl das Geschehen auf Social Media von Bedeutung sei, würden Leitmedien Inhalte aus den Direktmedien nicht automatisch aufgreifen müssen. Was „erregungsbereite Menschen“ beschäftige, müsse „keineswegs identisch sein[...] mit dem, was die Dauerregten beschäftigt“. Zumal Leitmedien auf diesem Wege nur zu weiterer Erregung beitragen: „die amtierenden Medien erweitern [die] Arena um weitere Gründe der Erregung“.

Ermöglicht würde diese gesamte Erregungskultur im Wesentlichen dadurch, dass der „Kontext der inkriminierenden Äußerung“ plötzlich irrelevant sei. Stattdessen ginge es fast einzig und allein um die moralische Bewertung der Person. Es werde zur methodischen Operation „Aussagen, Einlassungen, gar Argumente hinsichtlich ihrer moralischen Einordnungstauglichkeit zu überprüfen“ und entsprechend mit „positiven oder negativen Vorzeichen zu versehen“. Die „qualifikatorische Befähigung“ rücke simultan in den Hintergrund.

Welchen Stellenwert Sachlichkeit und Neutralität für die Leitmedien einnehmen, zeigt übrigens die Studie von Michael Haller zur Berichterstattung in der Migrationskrise. Denn weniger als die Hälfte der neutralen Berichte haben dem Anspruch einer neutralen Berichterstattung tatsächlich genügt. Vor allem bei einer in diesem Maß emotional aufgeladenen Debatte wäre diese Versachlichung besonders relevant gewesen. In seinem Fazit schreibt Haller außerdem: "Politik wird in den Medien überwiegend nicht als Prozess der Entscheidungsfindung, sondern als Schlagabtausch unter Mandatsträgern inszeniert". (Haller, 2017)

Der Lösungsvorschlag der Autoren

In den großen gesellschaftlichen Transformationen der letzten Jahrhunderte seien Journalisten überwiegend unberührte außenstehende Beobachter gewesen. Zu keiner Zeit waren sie „Objekte dieses Veränderungsdrucks“, geben die Autoren Frank Schirrmacher wider. Dieses Mal ist der Journalismus selbst von großen Veränderungen betroffen und müsse dementsprechend eine *reflexive Praxis* entwickeln, sich selber und seine Veränderungen dieses Mal aus der Außenperspektive kritisch zu evaluieren.

Dieser Wandel könne durch eine gesellschaftliche Kontrolle des Journalismus erreicht werden. Im einfachsten Sinne durch die konsequente Bildung über die Normen und Ideale der Medien, sodass die Gesellschaft nach dem Vorbild der „redaktionellen Gesellschaft“ (Pörksen, Alle müssen Journalisten sein, 2018) als reflexives Gegengewicht funktionieren kann.

Im Inneren der journalistischen Nachwuchs-Institutionen müsse zu einem gemeinsamen Berufsethos gefunden werden, wie es zu den Beginnen der journalistischen Institutionalisierung der Fall gewesen sei. Man müsse qualitative Berichterstattung wieder zur Priorität machen anstatt die journalistischen Kompetenzen an die „Marktbedingungen der Online-Medien“ anzupassen. In diesem Wettstreit können die Leitmedien nicht gewinnen, sie müssen sich als separate Instanz mit einem qualitativen anstelle eines quantitativen Schwerpunkts erneut etablieren.

Auf der Ebene der Infrastruktur schlagen die Autoren einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach Vorbild des BBC vor, der parteiunabhängig ist und sich allein über Gebühren finanziert, aber gleichzeitig der Kontrolle „gesellschaftlich relevanter Gruppen“ untersteht. Für die Frage an welchen Qualitätsstandards sich dieser Rundfunk messen müsste, haben die Autoren in ihrem Buch offensichtlich eine Reihe an Vorschlägen präsentiert. Im besten Fall ließe sich dieser Rundfunk zu einem europäischen öffentlich rechtlichen Rundfunknetzwerk erweitern.

Abgesehen davon gäbe es private Initiativen wie *FUTURZWEI*, *Perspective Daily* oder *constructiveinstitute.org* und viele weitere, die auf ein anderes Berufsverständnis setzen. Aber auch das zunehmende Interesse an Online-Abonnements bei den Leitmedien lässt hoffen, dass sich die Leitmedien wieder von reichweitenorientierter Berichterstattung entfernen können.

Fazit

Ich muss Martin Benninghoff zustimmen, „die Seriosität der Argumente leidet unter dem populistischen Framing“. Auch Pörksen macht einen Punkt, wenn er den Autoren vorwirft „die populistische Medienkritik in die Mitte der Gesellschaft hineinkatapultiert“ zu haben. Wobei das Wort „populistisch“ etwas hochgegriffen ist. Einzig und allein der stilistische Mantel des Buchs wird gelegentlich aber auch ganz strukturell mit populistischen Flecken beschmutzt.

Wenn die Autoren von einem Betrieb schreiben, der „hohl dreht“ und an seinen eigenen „Eitelkeiten erstickt“ ist das nur eines von vielen Beispielen für einen unangemessenen Ton. Die Passage zu Robin Alexander und dem „Würstchenstand“ (oder im Generellen alles, wo Robin Alexander vorkommt) sind wohl die Passagen, in denen sich am meisten Anstand vermissen lässt.

Aber auch strukturell hat das Buch populistischen Charakter. Der gesamte Stil verschachtelter mit dramatischen Fachbegriffen versehener Sätze, die konstanten Themensprünge, die willkürliche Auswahl von Beispielen und der allgemein herablassende Ton sprechen für sich. Jeder, der das Buch selbst gelesen hat, wird zustimmen, dass es ein Sachbuch im Stil eines politischen Kommentars ist: mit viel Allwissenheit und wenig Demut, mit viel Schärfe und wenig Zurückhaltung und mit lauten Rufen und wenig Anständigkeit. Vielleicht ist es beabsichtigt und ein Weg um zu zeigen: „Das nennt ihr populistisch?“ „Ha! Richtig. Euer Stil war das Vorbild.“

Aber vielleicht ist es auch eine Schwäche der Autoren, die selbst nicht als besonders zurückgenommene, geschweige denn meinungsarme Persönlichkeiten bekannt sind. In seiner Buchanalyse weist der YouTuber *BiasedSkeptic* zurecht darauf hin, dass Precht in der Ukraine-Krise, in der die Autoren im Buch Zurückhaltung statt vorschnelle Meinungsäußerungen predigen, sich selbst keineswegs zurückgehalten hat.

Es ist genau dieser Stil, der das Buch so schwer zu entziffern zu macht. Dabei formulieren die Autoren keine unglaublich originelle Theorie. Die „Auswüchse klickbasierter Online-Berichterstattung“ sind nichts neues, wie Benninghoff in seiner Rezeption zugibt. Und das ist im Wesentlichen, worauf das Buch basiert.

Umstritten und das zentrale Thema der meisten Rezeptionen war hingegen der Ukraine-Krieg und die kritisierte Einseitigkeit in der Berichterstattung. Bei „Übermedien“ wurde das Buch zum Beispiel einzig und allein auf dieses Argument reduziert. Aus diesem Grund habe ich diesem Aspekt auch den Löwenanteil dieses Essays gewidmet und konnte dabei hoffentlich zeigen, dass es sich um keine gefühlte Einseitigkeit handelt, sondern dass die Leitmedien rein faktisch zu wenig über ihren Tellerrand hinausschauen.

Das fundamentale Problem bleibt, dass die Beziehung zwischen *Mediokratie*, *Cursor-Journalismus*, dem ökonomischen Druck, Privatfernsehen, Direktmedien, *Online-Journalismus*, *Elitendiskurse*, *Indexing*, *Indexierung*, *Gala-Publizistik*, *Einseitigkeit* & allen weiteren Faktoren nicht klargemacht wird. Lange habe ich versucht, irgendeine Struktur in diese Argumente hineinzudenken bis ich eingestehen musste, dass es einfach ein Durcheinander ist.

Die *Mediokratie* zum Beispiel bleibt die mystische Prämisse für den kardinalen Anteil der Argumentation ohne dass sie zu irgendeinem Zeitpunkt hinreichend bewiesen wird. Der *Cursor* soll erklären, warum sich Journalisten in der Mehrheit auf gewisse Meinungen einschließen, entspringt der *Mediokratie* und verstärkt sie zugleich. Die *Einseitigkeit* ergibt sich aus dem *Cursor*, aber auch aus dem *Indexing*, aber auch aus der *Indexierung* und der *Gala-Publizistik*, aber das *Indexing* führt zu einer anderen *Einseitigkeit* als die *Gala-Publizistik* und so weiter und so fort. Wo es anfängt und aufhört, durchschaut da niemand.

Insgesamt mangelt es dem Buch an Kohärenz, Struktur und einem größeren erkennbaren Konzept. Stattdessen liest es sich wie eine lose, auf komplexe Art und Weise ineinandergreifende Sammlung an Schwächen, Fehlern und Lastern der Leitmedien. Das lässt einigen Raum für Verbesserung, bedeutet aber nicht, dass die Kritik im Kern nicht unbedeutend ist; ganz im Gegenteil.

Dieses Buch sollte ein Weckruf sein, dass die Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht irreversibel sind. Das wir uns nicht damit abfinden müssen. Nein, das wir uns nicht damit abfinden dürfen! Die Leitmedien haben einen Auftrag und eine Verantwortung, der sie gerecht werden müssen und wenn die Leitmedien keine Eigeninitiative zeigen, müssen wir politische Kaliber auffahren. In den heutigen Zeiten können wir uns keinen Empörungsjournalismus leisten.

Abschließende Worte

Ich hoffe, es ist mir gelungen die Argumentation des Buches nachvollziehbar zu reproduzieren. Es ist schade, dass eine so essenzielle Kritik in diesem Stil geschrieben sein muss. Eine strukturierte Analyse im gewohnten Sachbuch-Stil hätte es auch getan, wäre aber wohl nicht derselbe Verkaufsschlager geworden und wohl auch ein paar Seiten kürzer, denn nicht wenige Seiten waren redundant, weil sie mit unerheblichen Einzelfällen arbeiteten oder einfach reine Sprachakrobatik waren.

Mir hat diese Buchanalyse geholfen, die Argumentation der Autoren besser zu verstehen, aber insgesamt war es ein unerträglicher Kampf. Das hat einerseits damit zu tun, dass dieses Buch ungewohnt kompliziert geschrieben ist und gleichzeitig eine hochkomplexe Problematik untersucht hat. Andererseits habe ich für mich persönlich gelernt, dass ich ab und zu Abstand von der Argumentation gewinnen muss, um mit einem neuen Blick analysieren zu können. Oft habe ich mich in Konzepten verfangen, um anschließend zu realisieren, dass mich ein kleines Missverständnis, ein überflogenes Wort oder ein außer Acht gelassener Nebensatz zur einer Kaskade an Fehlschlüssen bewegte.